

Martin Ulmer

Antisemitismus im Städtevergleich

Köln/Düsseldorf und Stuttgart in der Weimarer Republik¹

Dieser Beitrag basiert auf Ergebnissen meiner regionalhistorisch-kulturwissenschaftlichen Dissertation zum Antisemitismus in Stuttgart im Kaiserreich und in der Weimarer Republik². Einzelne Resultate werden mit der einschlägigen Sekundärliteratur zu Köln und Düsseldorf in Beziehung gesetzt und wichtige Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der protestantisch geprägten württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart und den katholisch geprägten Großstädten Köln³ und Düsseldorf⁴ skizziert.

Antisemitismus in der Weimarer Republik in Forschungsstudien

Auf die Kontinuität wie Eskalation des Antisemitismus in der Weimarer Republik haben eine Reihe wichtiger empirischer Studien hingewiesen. Die Hamburger Werke von Werner Jochmann⁵ und Uwe Lohalm⁶ stellten die Ausbreitung des

¹ Dieser Beitrag ist die leicht überarbeitete Fassung meines Vortrags, der auf der Tagung „Rheinischer Antisemitismus? Allgemeine Bedingungsfaktoren und regionale Ausprägungen von Judenfeindschaft in der Neuzeit“ am 17. Juli 2009 in Düsseldorf gehalten wurde. Veranstalter waren das Historische Seminar (Prof. Dr. Christoph Nonn) und das Institut für Jüdische Studien (Prof. Dr. Stefan Rohrbacher) der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

² Martin Ulmer, *Antisemitismus im öffentlichen Diskurs und im Alltag in Stuttgart 1871–1933. Eine Lokal- und Regionalstudie*. Tübingen 2008 (Dissertation am Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen bei Prof. Dr. Utz Jeggle). Die Publikation erscheint im Herbst 2010 im Metropol-Verlag. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf die 2008 eingereichte Dissertation.

³ Nicola Wenge, *Integration und Ausgrenzung in der städtischen Gesellschaft. Eine jüdisch-nichtjüdische Beziehungsgeschichte Kölns 1918–1933*, Mainz 2005.

⁴ Anthony Kauders, *German Politics and the Jews. Düsseldorf and Nuremberg 1910–1933*, Oxford 1996.

⁵ Werner Jochmann, *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945*, Hamburg 1988, S. 99 ff.

⁶ Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (DSTB) 1919–1923*, Hamburg 1970.

organisierten Antisemitismus und das antisemitische Denken in vielen gesellschaftlichen Gruppen überzeugend dar. Mit der frühen, aber keineswegs veralteten Studie des Historikers Uwe Lohalm zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, der den Radikalantisemitismus in der Frühphase der Republik weiter popularisierte, konnten die hohe ideologische Kontinuität und die politischen und organisatorischen Vorbilder für die Nationalsozialisten nachgewiesen werden. Die Untersuchung von Dirk Walter zur antisemitischen Kriminalität zeigt die antijüdische Kontinuität in der Mittelphase und Endphase der Republik deutlich auf und weist gesellschaftliche Formen wie wachsende Segregation und massive Schändungen jüdischer Friedhöfe seit 1924 nach.⁷ Allerdings schränkt diese interessante programmatische Studie angesichts der zu schmalen Quellenbasis, die vorwiegend empirisches Material zu Berlin und München umfasst, die weitreichenden Schlüsse zur Republik wieder ein. Seine Ergebnisse zur antisemitischen Kontinuität wurden jedoch in Teilbereichen wie in Frank Bajohrs Studie zum Bäder-Antisemitismus⁸ und der zur antisemitischen Gewalt in der Provinz von Michael Wildt⁹, der diese Gewalt als konstitutiven Faktor des Konzepts der „arischen Volksgemeinschaft“ ansieht, bestätigt. Auch Cornelia Hechts Untersuchung zur jüdischen Sicht auf die Judenfeindschaft stellt eine umfassende Spiegelung des antisemitischen Kontextes und seiner Kontinuität dar, wengleich der innovative Beitrag für die Antisemitismusforschung angesichts des fehlenden theoretischen Rahmens teilweise begrenzt bleibt.¹⁰

Einige wichtige Lokalstudien haben das Wechselverhältnis zwischen Integrationserfolgen und Ausgrenzungstendenzen der jüdischen Minderheit im Kaiserreich und teilweise bis 1945 erforscht.¹¹ Die Untersuchung von Till van Rahden über die Juden in der liberalen Zuwanderungsstadt Breslau von 1860 bis 1925 belegt den Wandel der früheren judenfreundlichen kommunalen Politik zu antijüdischen Tendenzen in der Stadtpolitik nach dem Ersten Weltkrieg.¹² Ulrich Baumanns Untersuchung rückt das komplexe Neben- und Miteinander von Juden und Christen im ländlichen Südbaden in den Blick und weist den Einbruch der Natio-

⁷ Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999.

⁸ Frank Bajohr, „Unser Hotel ist judenfrei“. *Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2003.

⁹ Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007.

¹⁰ Cornelia Hecht, *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Bonn 2003.

¹¹ Stefanie Schüler-Springorum, *Die jüdische Minderheit in Königsberg, Preußen 1871–1945*, Göttingen 1996; Ina Lorenz, *Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Eine Dokumentation*, Hamburg 1985.

¹² Till van Rahden, *Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925*, Göttingen 2000.

nalsozialisten ins Dorfmilieu im Laufe der 1920er Jahre und die judenfeindliche Reaktion der Bevölkerung nach.¹³ Das Verdienst der genannten Lokalanalysen liegt in der Fokussierung auf den Antisemitismus und seinen Exklusionsmustern. Dies arbeitete auch die Historikerin Nicola Wenge heraus, die eine theoretisch wie empirisch fundierte alltagshistorische Lokalstudie zur Beziehungsgeschichte zwischen Juden und Nichtjuden und Antisemitismus in Köln vorgelegt hat.¹⁴ Sie konnte im katholischen Großstadtmilieu die allmähliche Öffnung für antisemitische Tendenzen der Nationalsozialisten und anderer völkischer Verbände im Alltag, Vereinsleben, an der Universität, in der Politik, Wirtschaft und Kultur nachweisen. Trotz der Eindämmung der antisemitischen Agitation in der von britischen Truppen bis 1924 besetzten Stadt konnten die Nationalsozialisten 1929/30 zusehends Erfolge erzielen. Auch die komparatistische Untersuchung des englischen Historikers Anthony Kauders über die Haltung der Politik zu den Juden und zur „Judenfrage“ anhand der beiden sehr unterschiedlichen Städten Nürnberg und Düsseldorf und ihrer politischen Kulturen im Zeitraum von 1910 bis 1933 weist einen starken Antisemitismus im protestantisch geprägten Nürnberg nach.¹⁵ Während die Studie von Nicola Wenge das handlungstheoretische Modell der aktuellen situativen Akteursorientierung in den Vordergrund stellt, und Integration und Ausgrenzung dabei als ein abgestuftes Nebeneinander der Eliten- und Milieuinteressen sieht¹⁶, orientiert sich Anthony Kauders' Untersuchung stärker an den Konzepten der Milieus und politischen Kultur, kollektiven Dispositionen und Tradierungen sowie an der Rekonstruktion zeitgenössischer Diskurse.

Die Konzentration der historischen Antisemitismus-Forschung auf die Reichsebene liefert zwar wichtige Grundlagen; sie muss jedoch zentrale Einflussfaktoren wie Regionalität, Mentalität und Kultur, Konfession, lokale Konfliktstrukturen, Geschlecht und Generationalität wegen ihrer Großräumigkeit meist außer Acht lassen. Deshalb sind diese Felder durch Teil-, Regional- und Lokalstudien noch lange nicht hinreichend erforscht für eine anzustrebende Synthese von Makro- und Mikrostudien, wie es zur NS-Geschichte inzwischen der Fall ist.

¹³ Ulrich Baumann, *Zerstörte Nachbarschaften. Christen und Juden in badischen Landgemeinden 1862–1940*, Hamburg 2000.

¹⁴ Wenge (wie Anm. 3).

¹⁵ Kauders (wie Anm. 4).

¹⁶ Wenge (wie Anm. 3), S. 435.

Faktoren des Antisemitismus

Der Artikel legt den Focus auf den Vergleich von fünf Bedingungsfaktoren für Antisemitismus, um damit regionale Spezifika offen zulegen:

- Integrationsgrad
- Konfession
- Politische Kultur
- Antisemitische Agitation und Wirkungen
- Umgang mit Antisemitismus

Integrationsgrad

Der Integrationsgrad der jüdischen Bevölkerung in einer christlich geprägten Mehrheitsgesellschaft läßt sich erschließen aus den Formen und der Qualität der Beziehungen, den Orten der Begegnung, zu Freundlichkeit bzw. Feindlichkeit und zu gesellschaftlichen Reaktionsweisen. Jedenfalls erleichtert bzw. erschwert ein niedriger bzw. höherer Integrationsgrad die Ausbreitung des Antisemitismus, d. h. ein begrenzter Integrationsgrad korreliert eher mit Judenfeindschaft. Damit ist er zugleich ein Indikator für die Intensität von Judenfeindschaft in der politischen Kultur und Gesellschaft.

In Köln war der Integrationsgrad der jüdischen Bevölkerung bis Mitte der 1920er Jahre überwiegend hoch, in den politischen und gesellschaftlichen Bereichen der Stadtpolitik, des Vereinslebens, bei Festen, der Nachbarschaft, Freundschaften und der hohen Zahl christlich-jüdischer Ehen.¹⁷ Nach Nicola Wenge liegen die Gründe hierfür in den liberalen Traditionslinien des Miteinanders seit dem 19. Jahrhundert, der Integrationsbereitschaft und Toleranz des städtischen Bürgertums und des vergleichsweise liberalen Katholizismus.¹⁸ Diese Integration wurde auch von der Kölner Arbeiterschaft mitgetragen. Die beiden tonangebenden Milieus der großstädtischen Domstadt bemühten sich beständig, ebenso wie die Kölner Juden um ein gutes Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden und um eine gleichberechtigte Teilhabe der jüdischen Bevölkerung. Im Vereinsleben und in der Nachbarschaft setzten jedoch in den späten 1920er Jahren Ausgrenzungstendenzen im Zuge der wachsenden antisemitischen Gesellschaftsstimmung ein. Bis dahin wurden diese von katholischen Milieuspitzen bekämpft; in den letzten Jahren der Republik war jedoch eine stärkere Hinnahme zu beobachten.

In Düsseldorf war der Integrationsgrad ähnlich hoch wie in Köln. Die Ursachen dafür waren nach Anthony Kauders eine tradierte friedliche Koexistenz aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, ein konfessionsübergreifender Geschäftssinn,

¹⁷ Ebd., S. 130 ff.

¹⁸ Ebd., S. 428.

ein städtischer Lebensstil und die tolerante Zentrumspolitik.¹⁹ Ein hoher Anteil von 24 Prozent Mischehen bei der jüdischen Minderheit zwischen 1919 und 1933, der in Deutschland lediglich in Hamburg und Köln übertroffen wurde, war ein sichtbares Zeichen für eine erfolgreiche Integration in die städtische Gesellschaft.²⁰

Dagegen konnte in Stuttgart schon im späten Kaiserreich und 1918 allenfalls von einer gesellschaftlichen Teilintegration z. B. in der Kommunalpolitik und in einzelnen Vereinen die Rede sein, die von Ausgrenzungen in der Schule, im Staatsdienst und in den Berufsverbänden begleitet wurde.²¹ Es bestand eine ausgeprägte deutsch-jüdische Subkultur mit spezifisch modernen Lebenswelten und einer dichten Vereinsstruktur.²² Interreligiöse Freundeskreise waren eher selten, der Grad der christlich-jüdischen Mischehen im reichsweiten Vergleich unterdurchschnittlich und nachbarschaftliche Kontakte bestanden hauptsächlich an der Oberfläche. Die Ursachen für den niedrigen Integrationsgrad sind in einem Zusammenwirken der starken judenfeindlichen Traditionen aus dem 18. und 19. Jahrhundert, der nationalprotestantischen Leitkultur, der konservativen Landes- und Stadtpolitik und dem Exklusionsverhalten (zur Behinderung des Aufstiegs der Juden ins Bürgertum) der Stadteliten und Mittelständler zu finden. Mit Beginn der Radikalisierung und Universalisierung des Antisemitismus seit 1919 durch die völkische und nationale Szene setzte ein weiterer oft stiller Segregationsprozess durch staatliche und politische sowie gesellschaftliche Institutionen ein, der die verbliebenen Juden aus den Ämtern in Politik, der Justiz und den Vereinen verdrängte und ihre Ansprüche nach gleichberechtigter Teilhabe in der Demokratie zusehends missachtete.²³

Konfession

Beim konfessionellen Faktor sind im Verhältnis zum Judentum die kirchlichen Traditionen und Bilder sowie die Staatsnähe und das Verhältnis zum Nationalismus entscheidend. Während judenfeindliche Bilder in beiden Konfessionen eine wichtige Rolle spielen, ist das Verhältnis zum Staat und zur deutschen Nation beim Protestantismus affirmativer bzw. beim Katholizismus distanzierter. Daraus

¹⁹ Kauders (wie Anm. 4), S. 18 ff., S. 117 ff., S. 185.

²⁰ Ebd., S. 26.

²¹ Ulmer (wie Anm. 2), S. 131 ff.

²² Andrea Hoffmann/Utz Jeggle/Martin Ulmer, Jüdische Modernität und Antisemitismus in Württemberg 1871–1938. Exemplarische Miniaturen, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, 63 (2004), S. 309–368, S. 320 ff.

²³ Ulmer (wie Anm. 2), S. 131–134, S. 368–390. So wurde beispielsweise dem Landesverband für die israelitische Wohlfahrtspflege zwischen 1919 und 1929 ein Sitz in der städtischen Jugendkommission verweigert, obwohl die jüdische Wohlfahrtspflege im Kaiserreich noch in allen städtischen Gremien präsent war. Ebd., S. 370 f.

erklären sich beim Protestantismus und seinen kirchlichen und politischen Akteuren u. a. auch die größeren Affinitäten zum nationalen, völkischen, rassistischen und obrigkeitlichen Denken und den antisemitischen Bewegungen²⁴, während dieser Kontext beim Katholizismus wegfällt. Antisemitismus wies hier vielmehr antimodernistische und antimarxistische Kontexte auf, die vor allem der Milieustabilisierung dienten.²⁵

Die drei Vergleichsstädte waren jeweils durch ausgeprägte konfessionelle Mehrheiten gekennzeichnet: Köln war mit 756.000 Einwohner/innen (1933) durch eine starke katholische Mehrheit geprägt. In der Großstadt lebten 75,3 % Katholiken, 19,4 % Protestanten und 2 % Juden.²⁶ In Düsseldorf dominierte zwar die katholische Mehrheit, aber auch die protestantische Minderheit war relativ groß. Bei den 400.000 Einwohner/innen Düsseldorfs im Jahr 1925 lag der Anteil der Katholiken bei 63,15 %, der von den Protestanten bei 30,5 % und der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung bei 1,2 %.²⁷ In der deutlich protestantisch orientierten württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart lebten 1933 rund 350.000 Einwohner/innen. Darunter waren 80 % Protestanten, 18 % Katholiken und 1,5 % Juden.²⁸

Traditionell bestand in Köln ein Spannungsverhältnis zwischen den Konfessionen, das durch den Kulturkampf und die Ungleichzeitigkeiten im sozialen Aufstieg aufgeladen war, und gegenüber den erfolgreichen Juden zu Ressentiments führen konnte.²⁹ An der Basis zeigten sich im starken Katholizismus durchaus antijüdische Einstellungen, wie sie auch republikweit zu beobachten waren, doch die liberalen Milieuspitzen in Kirche und Zentrum bekämpften diese antisemitischen Tendenzen und lehnten auch den Parteiantisemitismus ab,³⁰ der in Köln in der zweiten Hälfte der 1920er Jahren Fuß fassen konnte.

Das liberale politische Zentrum in Düsseldorf schob bis 1933 der antisemitischen Hetze meist einen Riegel vor: Nach Kauders geschah dies mit der Intention, das eigene Milieu durch eine eskalierende Juden- und Katholikenhetze vor den Völkischen zu schützen. Das schloss gelegentliche antisemitische Invekti-

²⁴ Kurt Nowak/Gerard Raulet (Hg.), *Protestantismus und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Frankfurt-New York-Paris 1994; Marikje Smid, *Deutscher Protestantismus und Judentum 1932/1933*, München 1990.

²⁵ Olaf Blaschke, *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*, Göttingen 1997.

²⁶ Wenge (wie Anm. 3), S. 59.

²⁷ Kauders (wie Anm. 4), S. 21.

²⁸ Ulmer (wie Anm. 2), S. 17.

²⁹ Wenge (wie Anm. 3), S. 50.

³⁰ Ebd., S. 50, S. 133.

ven in der Zentrums Presse nicht aus.³¹ Katholiken konnten auf diese Weise Vorurteile beibehalten, ohne dass sie das Gefühl hatten, dass dies ihre allgemeine Einstellung zu den Juden kompromittierte.³² Die Düsseldorfer Studie zeigt – wie in Köln³³ – auch die deutliche Hinwendung des Protestantismus zu völkischen Konzepten und zum Nationalsozialismus, wobei nicht deren radikalen antisemitischen Inhalte abgelehnt wurden, sondern oft nur deren militante Methoden.³⁴

Die latente bis offene Judenfeindschaft im pietistisch und orthodox-lutherisch geprägten Kirchenmilieu Württembergs hatte sich seit dem Kaiserreich nicht prinzipiell verändert.³⁵ Allenfalls bekam diese aufgrund der Tagespolitik und der guten Zusammenarbeit von Deutschnationalen und Kirchenkreisen teilweise neue Kontexte hinsichtlich des Feindbilds vom vorherrschenden revolutionären Judentum. Außerdem blieb die seit dem Kaiserreich anhaltende Verehrung von Adolf Stöcker und seiner antisemitisch aufgeladenen christlich-sozialen Politik ungebrochen. Diese kulturelle Milieusozialisation prägte in Stuttgart über lange Zeiträume ein negatives Judenbild. In der Weimarer Republik wurde die Orientierung an völkischen Themen immer selbstverständlicher, ein entsprechendes Judenbild war dabei integral und die Sympathien für die Nationalsozialisten waren groß. Die deutschnationale Bürgerpartei und die Deutsche Volkspartei (DVP) sahen sich als Interessenvertreter dieses Milieus. Der politische Katholizismus in Württemberg agierte bis in die frühen 1920er Jahre moderat antisemitisch, nach dem Rathenau-Mord und dem ersten Straßenterror der NSDAP im Jahr 1922 hielt sich das Zentrum jedoch zurück. Seit 1924 bildete es jedoch mit den radikal-antisemitischen Deutschnationalen eine Staatsregierung bis 1933.

Generell gelten u. a. regionale Spezifika: Nach meinem Dafürhalten trennten das württembergische agrarkonservative und das rheinische eher liberal und städtisch geprägte Zentrum auch Welten. Konservative oder liberale Orientierungen sind im Katholizismus sicher ein grundlegend differenzierter Faktor im Verhältnis zu den Juden, d. h. eher distanziert und negativ (konservativ) oder offen und neutral (liberal). Die politischen und kulturellen Orientierungen des Katholizismus korrespondieren möglicherweise auch mit der industriellen Entwicklung, wobei diese Hypothese näher zu untersuchen ist. Der konfessionelle Faktor als Leitkultur ist insgesamt eng mit den Ausprägungen der politischen Kultur verknüpft.

³¹ Im antisemitisch aufgeladenen reichsweiten Barmat-Skandal seit 1925 griff die regionale Zentrums Presse vermehrt zu antijüdischen Stereotypen, Kauders (wie Anm. 4), S. 148 f.

³² Ebd., S. 189.

³³ Wenge (wie Anm. 3), S. 420 f.

³⁴ Kauders (wie Anm. 4), S. 188.

³⁵ Ulmer (wie Anm. 2), S. 314–320, S. 139 ff.

Politische Kultur

Der Politologe Karl Rohe hat das Fortbestehen des Dreilagersystems aus dem Kaiserreich durch ein *nationales bürgerliches Lager in Stadt und Land*, ein *Arbeitermilieu* und ein *Katholisches Milieu* in der Weimarer Republik betont. Sein Konzept der *Politischen Kultur* besteht aus *sedimentierter politischer Soziokultur* und *aktueller Deutungskultur*.³⁶ Die Handlungen sind einerseits von historisch sedimentierten Mentalitäten und Dispositionen und andererseits von einer aktuellen Deutungs- und Diskurskultur bestimmt, die in der Gesamtsumme die Art und Weise der politischen Kultur ausprägen. Die politische Kultur einer Stadt bzw. Region bestimmt im hohen Maße den Umgang mit Antisemitismus. Dabei ist die zusammenhängende Akteursorientierung von Belang: Ob und wie es zur Sagbarkeit von Antisemitismus kommt, ob Gegenkräfte existieren und wie die politischen und gesellschaftlichen Reaktionsweisen verschiedener Akteure ausfallen.

Es lässt sich in allen drei Großstädten eine hegemoniale politische Kultur konstatieren, an die sich die kleineren politischen Fraktionen entweder anpassen, oder zu der sie in Opposition standen. In Köln und Düsseldorf war es der liberale politische Katholizismus, an dem sich die SPD und zunächst die relativ starken protestantischen Nationalliberalen bis 1918 orientierten.³⁷ Das Zentrum und die katholische Kirche gaben neben den äußeren politischen Verhältnissen (Besatzungspolitik) auch in Hinblick auf den Umgang mit dem Antisemitismus den Takt vor.³⁸ Sie agierten aus der Position der Stärke und verstanden sich als Hauptverantwortliche für ein friedliches Miteinander in ihren Städten. Davon unabhängig agierten jedoch die relativ schwachen Deutschnationalen, DVP und die NSDAP mit antisemitischer Agitation, der allerdings längere Zeit nicht nachgegeben wurde.³⁹ Als in Köln jedoch aus dem katholischen Milieuinneeren heraus infolge des wachsenden antisemitischen Drucks des Mittelstands die Forderung nach einem Wirtschaftsboykott gegen die Juden erhoben wurde, gaben die katholischen Spitzen im Interesse der Milieustabilisierung nach und verschoben so die

³⁶ Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1992; ders., *Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung*, in: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hg.): *Politische Kultur in Deutschland: Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Wiesbaden 1987, S. 39–48; ders., *Politische Kultur und ihre Analyse*, in: Andreas Dornheim/Sylvia Greiffenhagen (Hg.), *Identität und politische Kultur*, Stuttgart 2003, S. 110–126.

³⁷ In Düsseldorf waren die Nationalliberalen bis zu Beginn der Weimarer Republik liberal und judenfreundlich eingestellt. Dies änderte sich in den Wahlkämpfen der neugebildeten DVP seit 1919 grundlegend. Kauders (wie Anm. 4), S. 45 ff., S. 76, S. 124.

³⁸ Wenge (wie Anm. 3), S. 55 ff.; Kauders (wie Anm. 4), S. 185.

³⁹ Wenge (wie Anm. 3), S. 400.

Grenzen in Richtung Sag- und Machbarkeit von Antisemitismus, um nicht Wähler an die Rechtsextremen zu verlieren.⁴⁰

In Stuttgart war die politische Kultur in der Weimarer Republik stark von den konservativen Deutschnationalen und den Nationalliberalen dominiert, deren Nationalismus die liberalen Tendenzen marginalisierte.⁴¹ Sie hatten ihre soziale Basis im traditionell starken konservativen Protestantismus, im alten und neuen Mittelstand und in der Beamtenschaft. Das in Württemberg agrarkonservativ ausgerichtete Zentrum bewegte sich weitgehend in diesem Stadt- und Landestrend: Diese politischen Parteien bildeten einen konservativen Bürgerblock und dominierten auch das Kommunalparlament. Die zunehmend schwächer werdende Deutsche Demokratische Partei (DDP) und SPD waren eher moderat eingestellt, und zumeist in der Opposition auf sich allein gestellt, während die relativ starke KPD einen scharfen antirepublikanischen Kurs mit nationalistischer und antisemitischer Rhetorik fuhr. Die Krise war in Stuttgart und Württemberg in erster Linie eine politisch-kulturelle Sinnkrise gegen die Moderne und kein ökonomisches Phänomen. Die völkische Szene war relativ stark und durch die deutschnationalen Bündnispartner und nationalliberalen Staatselite salonfähig geworden, sofern nicht exzessive, antisemitische Gewalt betrieben wurde. Der Grundtenor der politischen Kultur Stuttgarts war konservativ mit gelegentlichen liberalen Einsprengseln. Der Rechtsruck breitete sich in den 1920er Jahren mit der Erosion des Liberalismus kontinuierlich aus und sorgte im Verbund mit der antisemitischen Grundstimmung in der politischen Kultur und einer permanenten völkisch-antisemitischen Agitation u. a. für den Aufstieg des Nationalsozialismus.⁴²

Antisemitische Agitation und Wirkungen

In allen drei Großstädten betrieben zunächst völkische Verbände und dann die Nationalsozialisten früher oder später eine radikal-antisemitische Dauerkampagne bis 1933, die von judenfeindlicher Gewalt, Radau und Beschimpfungen begleitet wurde. Dies widerlegt auch die Behauptung von Hans Mommsen⁴³ und anderen Historikern, dass der Antisemitismus aus taktischen Gründen zwischen 1930 und 1933 in den nationalsozialistischen Wahlkämpfen und Kampagnen zurückgefahren wurde.⁴⁴ Ebenso setzten die Deutschnationalen und mit Abstrichen die DVP

⁴⁰ Ebd., S. 357.

⁴¹ Ulmer (wie Anm. 2) S. 277–314, S. 241 ff., S. 391–400.

⁴² Ebd., S. 484 ff.

⁴³ David Bankier, Fragen zum Holocaust. Interviews mit prominenten Forschern und Denkern, Göttingen 2006, S. 260 (Interview mit Hans Mommsen) Mommsen hat keine empirische Studie zu Wahlkämpfen der NSDAP vorgelegt.

⁴⁴ Z. B. Heinrich August Winkler, Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus. Juden als ‚Blitzableiter‘, in: Günther B. Ginzler (Hg.): Antisemitismus.

in allen drei Großstädten auf eine antisemitische Massenpolitik. Dies gilt mit anderer nichtvölkischer Stoßrichtung zumindest in Düsseldorf und Stuttgart auch für die KPD, z. B. propagierte sie den Kampf gegen das „Judenkapital“⁴⁵ und skandalisierte massiv die Barmat-Affäre 1925.⁴⁶ Allerdings konnte sich die antisemitische Agitation der völkischen und nationalen Szenen in Köln und Düsseldorf aufgrund des Zusammenspiels der englischen bzw. französischen Besatzungspolitik und der lokalen Ächtung und Verfolgung durch die Kölner Polizei, der Stadt-Eliten bzw. die sozialdemokratische Provinzregierung in Düsseldorf bis Mitte der 20er Jahre kaum entfalten.⁴⁷ Das antisemitische Niveau in der Gesellschaft war in Düsseldorf und Köln im Vergleich zu Stuttgart niedriger und schloss in Köln erst mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten zu Stuttgart auf.

Nach dem Abzug der Besatzungsbehörden hatten die radikalen Antisemiten neue Freiräume für eine ungehemmte Agitation, wie sie von der DNVP, den völkischen Verbänden und der NSDAP in Köln und Düsseldorf praktiziert wurde.⁴⁸ Allerdings waren die Nationalsozialisten in Düsseldorf bis 1929 angesichts des Klimas der Toleranz kaum erfolgreich.⁴⁹ Die Kölner Nationalsozialisten agierten aufgrund der politischen Schwäche seit 1926 mit Strassenterror, Friedhofschändungen und Angriffen auf jüdische Einrichtungen.⁵⁰ Nach 1930 kam es zur Eskalation des politischen Antisemitismus. Allerdings waren die Nationalsozialisten im Unterschied zu Stuttgart gesellschaftliche Außenseiter geblieben, wobei ihre Kampagnen dennoch judenfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung erzeugten und damit indirekt die Beziehungen zu den Juden durch wachsende Segregation und judenfeindliche Stimmung prägten. Die in der beginnenden Weltwirtschaftskrise von der Verarmung bedrohten katholischen Mittelständler setzten ab 1928/1929 einen Wirtschaftsboykott gegen Juden bei der Kirchenspitze durch und das Zentrum ließ in der Ächtung des Antisemitismus nach, ohne ganz darauf zu verzichten.⁵¹ Dieser starke Milieukontext konnte zwar die Abwanderung der Katholiken zu den Nationalsozialisten verhindern, aber nur um den Preis eines wachsenden Wirtschaftsantisemitismus.⁵²

Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Bielefeld 1991, S. 181–191.

⁴⁵ Kauders (wie Anm. 4), S. 187 ff.; Ulmer (wie Anm. 2) S. 321 ff.

⁴⁶ Ebd., S. 333 ff.

⁴⁷ Wenge (wie Anm. 3), S. 427; Kauders (wie Anm. 4), S. 186 f. Die französische Besatzungspolitik bestand seit 1921 in Teilen Düsseldorfs und nach der Ruhrbesetzung 1923 gingen die Besatzungstruppen verschärft gegen nationalistische und völkische Angriffe vor. Ebd., S. 108 f.

⁴⁸ Wenge (wie Anm. 3), S. 399 ff.

⁴⁹ Kauders (wie Anm. 4), S. 152.

⁵⁰ Wenge (wie Anm. 3), S. 407 ff.

⁵¹ Ebd., S. 349 ff., S. 432 f.

⁵² Ebd., S. 432.

Kauders betonte für die antisemitische Dynamik in Düsseldorf einen prinzipiellen Wandel in der „Judenfrage“, d. h. zu einem abstrakten wie gewaltbereiten Antisemitismus, der die Lage der Juden vor Ort durchaus bedrohen konnte.⁵³ Hauptakteur war die NSDAP seit Ende der 1920er Jahre, die die „Judenfrage“ monopolisierte und stets propagierte, so dass die anderen Parteien dieser Monströsität kaum mehr widersprachen.⁵⁴ Die NSDAP-Wähler ignorierten dabei nicht den radikalen Antisemitismus, sondern nur die gewaltsamen Manifestationen.⁵⁵

In Stuttgart fand ab 1919 infolge der Kriegsniederlage und der demokratischen Revolution sowie durch die massive antisemitische Agitation der völkischen und nationalen Szene und den antijüdischen Sedimenten in der politischen Kultur eine Universalisierung und Radikalisierung der Judenfeindschaft statt. Diese Universalisierung hatte eine dreifache Dimension.⁵⁶ Erstens kam es zu einem tendenziellen Formenwandel: Ein aggressiver Aktivismus, der von einer Militanz und Entschlossenheit der Tat bis hin zur Gewalt bestimmt wurde, eroberte den öffentlichen Raum und erhöhte die Pogromgefahr. Zweitens manifestierte sich der Antisemitismus im öffentlichen Diskurs durch radikale Inhalte wie z. B. Separation der Juden von den nichtjüdischen Deutschen, und offenbarte zusehends paranoid-wahnhaftige Züge eines Konspirationsantisemitismus. Drittens diffundierten antisemitische Themen und Taten im öffentlichen Diskurs und Alltag und ergriffen bald alle gesellschaftlichen Schichten jenseits des traditionell antisemitischen rechtsbürgerlichen Milieus. In breiten Gesellschaftsschichten verdichteten sich latente Ressentiments gegen Juden zu einer moderaten Judenfeindschaft als integraler Bestandteil der politischen Kultur.

Die vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und der starken deutschnationalen Bürgerpartei erzeugte antisemitische Welle führte zu einer deutlichen Grenzverschiebung zugunsten der Sagbarkeit von Antisemitismus.⁵⁷ Hinter der Druckwelle der Hetze wurden moderate und codierte Formen zur Selbstverständlichkeit und boten kaum mehr Anlass für Kritik. Sich antisemitisch zu äußern, war keine Auffälligkeit mehr, sondern galt nunmehr als selbstverständlicher Sprechakt.⁵⁸ Dieses konformistische Handeln stiftete eine Identifizierung mit der Mehrheitsmeinung. Die Antisemiten bauten bei der anhaltenden Agitation auf Gewöhnungseffekte und bedienten sich gegen Abnutzungerscheinungen einer demagogischen Dosissteigerung vor allem in der Schlussphase von Wahlen oder

⁵³ Kauders (wie Anm. 4), S. 182 ff.

⁵⁴ Ebd., S. 180 f.

⁵⁵ Ebd., S. 190 f.

⁵⁶ Ulmer (wie Anm. 2), S. 221 ff.

⁵⁷ Ebd., S. 221 ff.; der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund wurde in Württemberg nach dem Rathenaumord 1922 nicht wie in den meisten anderen Ländern verboten.

⁵⁸ Ebd., S. 248 f.

vor dem Volksentscheidstermin zur Fürstenenteignung im Juni 1926. Dieses Niveau blieb durch eine anhaltende Agitation bis 1927 stabil und ging dann in Manifestation und Intensität zugunsten von Codierungen – in subtiler Weise trug gerade der codierte Antisemitismus (Codesprache und -muster)⁵⁹ zur Popularisierung in demokratischen Kreisen bei – kurzzeitig zurück. Im Sommer/Herbst 1929 trat der Antisemitismus nach der Restrukturierung der völkisch-nationalen Szene und den Umbrüchen in der politischen Parteienlandschaft sowie den Kontexten der Sklarek-Affäre und des Young-Planes erneut in aller Schärfe hervor. Die Verankerung eines offenen und codierten Antisemitismus in der politischen Kultur und Gesellschaft schuf erst die Voraussetzungen für den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung in Stuttgart und Württemberg.⁶⁰

Dies ist ein bedeutender Unterschied zu Köln und Düsseldorf: In Stuttgart hatte das aktivistische Auftreten der Deutschvölkischen und einflussreicher Deutschnationaler für die Nationalsozialisten Vorbildcharakter. Sie sind die organisatorischen, ideologischen und politisch-kulturellen Schrittmacher und Bündnispartner ihrer völkischen Schützlinge, die sich ab Mitte der 20er Jahre verselbständigen und weiter zur paranoiden Dauerkampagne gegen die vermeintliche „Judenherrschaft“ radikalisieren. Beim inszenierten Theaterskandal gegen ein als jüdisch-kulturbolschewistisch verunglimpftes Schauspiel gelang den Nationalsozialisten im Herbst 1930 der massive Einbruch ins Stuttgarter Bürgertum.⁶¹

Umgang mit Antisemitismus

Die neuere Antisemitismus-Forschung zeigt die herausragende Bedeutung der politischen Verhältnisse und das Verhalten der Akteure der dominierenden politischen Kultur im Umgang mit Antisemitismus, d. h. ob es zur Ächtung und Kritik in der Öffentlichkeit kommt oder ob offene Judenfeindschaft toleriert und hinge-

⁵⁹ Der codierte Antisemitismus setzt sich hauptsächlich aus Codemustern wie Dramatisierung, Dämonisierung, Ironisierung und dem Namenstigma sowie aus einem Codevokabular mit Begriffen wie Finanzkapital, Mammonismus, undeutsch, Neudeutschland, Zersetzung etc. zusammen. Der codierte Antisemitismus ist ein verbreitetes Medium der internen Verständigung und gesellschaftlichen Diffusion. Ebd., S. 175 ff., S. 250 ff.

⁶⁰ Ebd., S. 485.

⁶¹ Ebd., S. 438 ff. Die Stuttgarter Nationalsozialisten inszenierten im Oktober 1930 einen antisemitischen Radau vor und im Landestheater gegen die Aufführung der Sozialkomödie „Schatten über Harlem“ des russisch-jüdischen Autors Ossip Dymow. Die gesamte bürgerliche Presse in Stuttgart unterstützte die Absetzung des als kulturbolschewistisch, jüdisch-negroid und unsittlich diffamierten Theaterwerks. Nach drei Auftritten wurde das Stück von der Bühne verbannt und die Sympathien im Stuttgarter Bürgertum für die erfolgreiche nationalsozialistische Skandalisierung waren groß.

nommen wird.⁶² Für dessen Ausbreitung ist die sanktionslose Kommunizierbarkeit von zentraler Bedeutung.

Besonders anschaulich konnte Nicola Wenge den Faktor Ächtung/Hinnahme für Köln herausarbeiten: Die moderat agierenden britischen Besatzungsbehörden wirkten demokratiefördernd, und sie traten im Verbund mit der sozialdemokratisch geführten Polizei und den führenden Parteien jeder Form der Judenhetze konsequent entgegen bzw. schränkten die politischen Spielräume der völkischen Szene durch Organisations- und Kundgebungsverbote deutlich ein.⁶³ Die Ausbreitung des Antisemitismus in Politik und Gesellschaft hatte keine Chance. Diesen Konsens der konsequenten Ächtung behielten das Zentrum und die SPD bei, als die Besetzung aufgegeben wurde. Sie waren ein Bollwerk gegen den schwachen Nationalsozialismus. Der zunehmende Dissoziationsprozess zwischen Juden und Nichtjuden in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre war das Resultat des wachsenden Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft und dem Innern des katholischen Milieus. Diesen Antisemitismus hatten die Nationalsozialisten indirekt durch die Brutalisierung der politischen Kultur und der Eskalation der antisemitischen Gewalt verstärkt. Der schleichende Verlust des sicheren Terrains war die Konsequenz einer Interaktion aller städtischen Akteure auf die neue antisemitische Dynamik.⁶⁴ So führte das gelegentliche Nachgeben der Kölner Stadelite gegenüber antisemitischen Kampagnen und des größer werdenden antijüdischen Drucks aus der Bevölkerung aufgrund ihrer führenden Stellung zu Grenzverschiebung und allmählicher Akzeptanz des Antisemitismus.⁶⁵

Ein ähnliches Bild rekonstruiert Kauders für Düsseldorf, der zudem auf die Rolle der sozialdemokratischen preußischen Behörden bei der Bekämpfung der rechtsextremen Gefahr hinweist. Allerdings war in Düsseldorf im Laufe der 1920er Jahre die Tendenz einer fehlenden Solidarität sowie eine Indifferenz gegenüber den Rechten der Juden zu beobachten.⁶⁶ Durch diesen Befund zieht Kauders im Blick auf die Hinnahme von Judenfeindschaft die gleichen Schlüsse, denn es war häufig die fehlende Ächtung, die die Wirkung des Antisemitismus steigerte.⁶⁷

In Stuttgart verzichteten die Staatsregierung und die Justiz sowie die Polizeiorgane bereits ab Mitte 1920 weitgehend auf die Ächtung antisemitischer Agita-

⁶² Exemplarisch für die zeithistorischen und aktuellen antisemitischen Tendenzen in Deutschland: Lars Rensmann, *Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2004.

⁶³ Wenge (wie Anm. 3), S. 55 ff., S. 393 ff.

⁶⁴ Ebd., S. 433 ff.

⁶⁵ Ebd., S. 435.

⁶⁶ Kauders (wie Anm. 4), S. 185.

⁶⁷ Ebd.

tion, es gab kein Verbot rechtsextremer Organisationen oder ein Auftrittsverbot von Hitler ab 1925 (wie es reichsweit der Fall war) und sie unterließen eine Strafverfolgung von antisemitischen Übergriffen.⁶⁸ Gefördert wurde dies durch die starken deutschnationalen Tendenzen bei der Polizei und in der Justiz. Die antisemitische Bewegung hatte in Stuttgart aufgrund dieser fehlenden Sanktionen im öffentlichen Raum leichtes Spiel und sie nutzte intensiv und entschlossen ihre Handlungsspielräume. Seit 1924 vollzog sich mit dem deutschnationalen Wahlsieg im Bündnis mit den Völkischen ein weiterer Rechtsruck, der zur Förderung und zur Aufwertung der außerparlamentarischen Rechtsradikalen in Stuttgart führte, die vom mitregierenden Zentrum und ihren Ministern toleriert wurden. Hinzu kam nach 1924 der Verzicht auf eine Ächtung von Antisemitismus durch die republikanischen Parteien und ihren sozialdemokratischen und liberalen Presseorganen als zentrale Akteure im öffentlichen Diskurs.⁶⁹ Dies kann als Nachgeben gegenüber der antisemitischen Hegemonie in der politischen Kultur und dem Druck der eigenen Parteibasis – vor allem in der DDP – gewertet werden.⁷⁰ Allerdings ist zu betonen, dass die oppositionelle SPD in Stuttgart bis 1933 durchgängig das einzig intakte Bollwerk zum Schutz der Republik gegen den Ansturm der Nationalsozialisten war. Seit Sommer 1920 solidarisierte sich öffentlich kaum jemand mehr mit den diffamierten Juden.

Die Hinnahme bleibt ein zentraler Faktor für die anhaltende Kommunizierbarkeit und Sagbarkeit von Antisemitismus in der Öffentlichkeit. Die antisemitische Bewegung hatte in Stuttgart die politische Handlungs- und Meinungshoheit bereits nach der Reichstagswahl 1920 erobert, weil Staat, demokratische Politik und Gesellschaft frühzeitig vor deren Auftreten kapitulierten und das gesellschaftlich-politische Klima entsprechend günstig war.⁷¹ Sympathien oder eine Gleichgültigkeit gegenüber den antisemitischen Gefahren stellten die beiden wichtigsten Motivationen dar.

Fazit

Der skizzierte Städtevergleich zeigt, dass die Differenzen zwischen den beiden rheinischen Großstädten und Stuttgart aufgrund der beiden Faktoren *Konfession* und *politische Kultur* groß sind, wenngleich auch zeitverzögerte Gemeinsamkeiten existieren, die durch den wachsenden gesellschaftlichen Antisemitismus

⁶⁸ Ulmer (wie Anm. 2), S. 391 ff.

⁶⁹ Ebd., S. 398.

⁷⁰ Ebd., S. 399 ff.

⁷¹ Ebd., S. 233 ff.

infolge radikaler Agitationen und Rechtsrucktendenzen sowie fehlender bzw. nachlässiger Ächtung der Stadteliten bestimmt sind. Gewiss gilt Anthony Kauders Resümee zur Situation der Düsseldorfer Juden in ungleichzeitiger Weise trotz unterschiedlichen Integrationsgrades für alle untersuchten Großstädte: „The Jews had long since disappeared from the German moral community.“⁷²

Sozioökonomische Krisenursachen scheiden für die Ausbreitung des Antisemitismus in der Weimarer Republik für die von Kauders untersuchten Städte Düsseldorf und Nürnberg⁷³ ebenso aus wie für Stuttgart. Als stimmungsveränderter Faktor spielt die wirtschaftlich prekäre Lage in Köln eine gewisse Rolle, wenngleich wirtschaftliche Einflüsse keine solche primäre Bedeutung haben, sondern die radikale Daueragitation und die Ächtung/Hinnahme die zwei wichtigsten Bedingungsfaktoren für Antisemitismus sind.⁷⁴

Abschließend sei davor gewarnt, lediglich einen Faktor im Sinne eines monokausalen Mechanismus von Ursache-Wirkung hervorzuheben bzw. isoliert zu analysieren.⁷⁵ Es handelt sich m. E. um vielschichtige zusammenhängende Faktoren, wobei die Faktoren *Integrationsgrad*, *Konfession* und *politischen Kultur* (teilweise) zur *sedimentierten Soziokultur* mit vorgeprägten Mentalitäten, Dispositionen, Stereotypen und Bilder gehören, während die Faktoren *antisemitische Agitation* und *Umgang zur aktuellen Deutungs- und Handlungskultur* zählen. Diese beiden Faktoren sind dynamischer Art und durch aktuelle Kontexte und Anlässe stärker situativ, während die drei Erstgenannten stärker strukturell determiniert sind. Erst die Gesamtschau dieser fünf Bedingungsfaktoren und ihre Wechselwirkungen komplettiert das Bild über antisemitische Entwicklungen. Das Konzept der *politischen Kultur* ist dabei *integral*, weil darin die historischen und aktuellen Dimensionen dieser Faktoren verschmolzen sind, weil z. B. die Bereitschaft zur Ächtung von Judenfeindschaft auch mit den politisch-kulturellen Dispositionen der agierenden Parteien, Institutionen und Milieus zusammenhängt. Nicht zuletzt aufgrund regional- und lokalgeschichtlicher Untersuchungen im

⁷² Kauders (wie Anm. 4), S. 191.

⁷³ Ebd., S. 185.

⁷⁴ Wenge (wie Anm. 3), S. 427.

⁷⁵ In diesem Zusammenhang erweist sich der Begriff des „situativen Antisemitismus“ - wie ihn Nicola Wenge in ihrer herausragenden Studie im Blick auf die Ausbreitung des Antisemitismus in Köln vertritt - als eher problematisch, weil gleichsam verhaltenssteuernde Einflüsse der kulturhistorischen Erbschaften wie mentale und habituelle kollektive Dispositionen, Milieutradierungen und das Arsenal sprachlicher und visueller Vorbilder, Stereotype und Codierungen der Judenfeindschaft und ihrer medialen Vermittlung zugunsten aktueller Faktoren und offensichtlicher Kontexte weitgehend unberücksichtigt bleiben. Ebd., S. 436. So ist auch ein Latenzzustand des Antisemitismus weiter wirkungsmächtig und codierte Formen der Judenfeindschaft belegen seine Revelanz. Ulmer (wie Anm. 2), S. 271 ff., S. 495 ff.

Sinne einer „dichten Beschreibung“ (Geertz)⁷⁶ werden akteurs- und handlungspolitische sowie kulturhistorische Kontexte und Ursachen zu Schlüsselfaktoren für die Dynamiken des Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Diese explorative Skizze der Bedingungen von Judenfeindschaft in einem Städtevergleich versteht sich als Anregung für weitere dichte empirische Forschung und neuen komparatistischen Fragestellungen zu Faktoren und Wechselwirkungen von antisemitischen Strukturen und Handlungen in der Gesellschaft und politischen Kultur Deutschlands.

⁷⁶ Clifford Geertz, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a. M. 1991, ‚Verstehen‘ ist hier nicht im Sinne von Rechtfertigung, sondern von wissenschaftlicher Erkenntnis gemeint; Ulrich Sieg, *Auf dem Weg zur „dichten Beschreibung“*. Neuere Literatur zur Geschichte des Antisemitismus im Kaiserreich, in: Wolfgang Benz (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 12 (2003), S. 329–342.